

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **33 (1939)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Chronik.

I. *Judenverfolgung und Judenfrage.* 1. In *Palästina.* Auf das Bekanntwerden des *Weißbuches* hin kommt es in Palästina zu großen Demonstrationen. Araber zünden da und dort Freudenfeuer an. Die Juden veranstalten zum Protest *Demonstrationszüge*, die in Jerufalem zu 40 000, in Tel-Aviv zu 60 000 Teilnehmern anschwellen. In Jerufalem zerreißt der Grorabbiner demonstrativ das *Weißbuch*. Es kommt auch zu *Terrorakten* von seiten der Juden. In Jerufalem und Tel-Aviv werden amtliche Gebäude angezündet. Die „Unruhen“ flammen neu auf. Auf der andern Seite werden von den Juden zum Protest sechs neue landwirtschaftliche Siedelungen angelegt. Von den Arabern nehmen die Naschaschibi die englischen Vorfchlge an, während der Gromufti sie ablehnt. Doch kann die Ablehnung auch bloß den taktischen Sinn haben, daß man damit ein englisches Nachgeben gegen die Juden verhindern will.¹⁾

Ueber die Antwort *Bubers* an *Gandhi* wird anderwärts geredet.

2. *Außer Palästina:* Das Schiff „*St. Louis*“ kommt mit ungefähr 900 jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland vor Cuba an, wird aber, trotz herzerreißenden Protesten und der Verwendung von amerikanischen Hilfsorganisationen nach Hamburg zurückgeschickt. (Ob endgültig und alle?) Das gleiche geschieht dem Schiffe „*Monte Olivio*“ mit 80 Flüchtlingen in Argentinien und zweien mit je 1000 und 480 in Haifa und Jaffa (?), wobei letzteres in Kreta landet. Das alles schreit zum Himmel.²⁾

Aus *Deutschland* sollen sämtliche *polnische Juden*, 16 000 an Zahl, ausgewiesen werden; etwa 4000 haben das Schicksal schon erlitten.

In *Danzig* wird eine *Synagoge* zerstört, mehrere in der *Tschechoslowakei*.

Italien verbietet den Juden alle freien Berufe, außer wenn sie im Dienste der Juden stehen. Aerzte und Apotheker werden für den Notfall (!) gebraucht. Die jüdischen Studenten müssen in eine besondere Liste eingetragen werden.

II. *Tschecho-Slowakei.* Doktor *Sekanina*, ein Verteidiger *Dimitroffs* beim Prozeß wegen des Reichstagsbrandes, wird nach Berlin gebracht, um dort wegen Aufreizung der Tschechen vor das berüchtigte „*Volksgericht*“ gestellt zu werden. Rache *Görings*?

Der General *Prchala*, der zuletzt Prag in Karpatho-Rußland vertreten hatte, ist nach Warfchau geflohen und will dort eine „*Polnische Legion*“ schaffen. In immer groerer Zahl fliehen auch *Slowaken* nach Polen.

III. *Deutschland.* Es fehlen in Deutschland 18 Prozent der nötigen Anzahl von *Aerzten*.

Die *landwirtschaftlichen Arbeitskräfte* sind unter dem Hitler-(Darr-)Regime um fast eine Million zurückgegangen.

Der *Terror* wächst mit der Opposition. Die Hinrichtungen wegen „*Landesverrat*“ mehren sich unheimlich.

¹⁾ Es hat noch die *Mandatskommission* des Völkerbundes, an welche die *Judenschaft* appelliert, über die Sache zu beraten und *Amerika* ein Wort dazu zu sagen, aber es ist nicht wahrscheinlich, daß sich *daraus* ernsthafte Hemmnisse ergeben.

Besonders betont wird von den englischen Gegnern des *Weißbuches*, daß man niemals an eine Begrenzung der jüdischen zahlenmäßigen Einwanderung gedacht, sondern die absorptive capacity, d. h. die wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit als Maßstab angenommen habe.

²⁾ Nun kommt die Nachricht, daß die Flüchtlinge der „*St. Louis*“ in andere Länder verteilt werden sollen. 15. V.

Immer neue *Entlassungen von hohen Offizieren*, die dem System nicht taugen, finden statt und zeigen, wie es steht.

IV. *Achse und Koalition.* a) *In Europa.* 1. *England:* Der Film *Professor Mamlok* wird aus Rücksicht auf Hitler verboten.

Von den 220 000 neu ausgehobenen Rekruten melden sich 3775 als *Dienstverweigerer* (conscientious objectors).

Die Katastrophe des Unterseebootes „*Thetis*“, die sich in der Nähe von Liverpool ereignete und bei der 99 Personen umkamen, fast die ganze Besatzung, hat England in große Erregung versetzt. Beim Sinken des amerikanischen Unterseebootes „*Squallous*“ bei Portsmouth gelang es, mehr als die Hälfte der Mannschaft zu retten. Und im Kriege?

Die *Bombenattentate* dauern an.

Der Angestellte des deutschen Konsulates in Liverpool, *Josef Kelly*, ist wegen Diebstahls von Plänen der Waffenfabrik Euston verhaftet worden.

Dem neuen *Rüstungsminister Burgin* (Winston Churchill, von dem man erwartete, daß er das Amt bekomme, ist durch Hitler verboten!) werden für den Kriegsfall *diktatorische wirtschaftliche Vollmachten* übertragen.

2. *Frankreich.* *Daladier* und *Lebrun* geben wiederholt Versicherungen ihrer Festigkeit ab.

Auf dem Friedhof von *Neuilly*, wo amerikanische Frontkämpfer begraben sind, erneuern *Daladier* und der amerikanische Gesandte *Bullit* das Bündnis gegen die Diktaturen. (Dabei ist *Daladier* selbst ein halber!)

Eine *Staatsanleihe* hat glänzenden Erfolg. *Reynauds* übrige „Erfolge“ beruhen zum Teil auf der Rückkehr des Goldes der „200 Familien“, zum Teil auf der Aufhebung der von der „Volksfront“ durchgesetzten sozialen Reformen.

3. *Italien.* Es wird ernsthaft von zwei neuen *Attentaten* auf *Mussolini* berichtet und ziemlich zuverlässig von gewissen andern belastenden Dingen.

4. Der englische Handelsvertrag mit *Rumänien* sieht besonders größere Getreidekäufe: 200 000 Tonnen Weizen, zum Weltmarktpreis, aber gegen Barzahlung (welche Deutschland meistens nicht leistet), vor, dazu eine Vorchußanleihe von 5 Millionen Pfund (= 100 Millionen Schweizerfranken).

5. Zwischen *Polen* und *Danzig* spielen besonders *Zollstreitigkeiten* eine Rolle.

Professor *Burkhardt* ist auf Wunsch des Völkerbundsrates nach Danzig zurückgekehrt. Wozu wohl? Seine Geschäfte erlauben ihm, in Basel, bei Anlaß der Einweihung des neuen Universitätsgebäudes, den juristischen Ehrendoktor entgegenzunehmen. Wofür? Unter anderem, „weil er das ihm vom Völkerbund anvertraute Amt so verwaltete, daß das Recht in der Welt und der Friede unter den Völkern gewahrt wurde“. Bis jetzt hatte man nur gehört, daß Professor *Burkhardt* der stetigen in Danzig vor sich gehenden schweren Verletzung des Völkerrechtes ziemlich untätig zugeseht habe. Aber die Basler Professoren werden das ja besser wissen!

Oberst *Beck* hat ausgeplaudert. Er hat erzählt, daß *Göring* ihm auf einer Jagdpartie eine *Teilung Rußlands* vorgeschlagen habe, bei der Polen einen fetten Brocken bekommen sollte.

6. In *Ungarn* ist man daran, die *Gewerkschaften* zu unterdrücken, unter dem Vorwand, sie verwendeten ihre Gelder zu „politischen Zwecken“. Es werden ihnen 39 Kommissare auf den Hals gesetzt. Das kann bei uns auch einmal kommen. Sie sind so brav national wie die unfrigen!

b) *Außer Europa.* 1. In den *Vereinigten Staaten* geht der Kampf zwischen „*Aktivist*“ und „*Isolationist*“ weiter. Staatssekretär *Hull* hält eine neue Rede gegen den Isolationismus. Er macht einen Vorschlag zur Erneuerung des *Neutralitätsgesetzes*, welche die Ausfuhr von Waffen und Munition denen erlaubt, die sie bar bezahlen und mit eigenen Schiffen transportieren können (cash and carry). Dadurch würden die demokratischen Mächte bevorzugt, weil voraussichtlich sie das Meer beherrschten. Der Vorschlag scheint Billigung zu finden.

Senator *Pittmann* verlangt ein energisches *wirtschaftliches Vorgehen gegen Japan*, weil es den Neun-Mächte-Vertrag gebrochen habe.

Das *englische Königspaar*, das Kanada und die Vereinigten Staaten besucht, wird mit Jubel und Spektakel aufgenommen. Namentlich die Königin trage mit ihrem berühmten Lächeln viel zur Ueberwindung des Isolationismus bei! (Ein neues Agitationsmittel!) Es gibt keine begeisterteren Monarchisten als die Republikaner.

Auch das *Gold* flieht immerfort vor Hitler nach Amerika. Nicht zum wenigsten das schweizerische. Es seien dort schon 60 Prozent alles Goldes der Welt.

Fritz Kühn, der Führer des nazistischen deutsch-amerikanischen Volksbundes, ist wegen schweren Unterschlagungen und Diebstählen verhaftet worden.

Gegen *Nazisten* und *Kommunisten* wird eine neue *Gesetzgebung* geschaffen.

2. *Argentinien* verbietet alle fremden politischen Organisationen. Gemeint sind die nationalsozialistischen. Es wurde sogar behauptet, Deutschland wolle in *Patagonien* Stützpunkte schaffen.

3. *Afrika*. Die Vorbereitungen für den Weltkrieg gehen in Tunis, Libyen, Abessinien, im Roten Meer, vorwärts. Die Achse will vor allem *Aegypten* mit dem *Suezkanal* in ihre Hand bringen.

4. *Ostasien*. An den Grenzen der Aeußeren *Mongolei* stoßen Japaner und Sowjetrussen immer wieder zusammen.

Japan versucht eine *Blockade* der chinesischen Häfen und stößt dabei mit der europäisch-amerikanischen Schifffahrt zusammen. Gegenstand von Streitigkeiten werden besonders die internationalen „*Konzessionen*“. So jetzt die von *Tientsin*.

Japan bemüht sich andauernd, China nicht nur durch den Krieg, sondern auch durch *Rauschgifte*, *Bordelle* und *Spielhöllen* zu zerstören. Neuerdings sind furchtbare Untaten von der *Luft* aus besonders gegen die Stadt Tschung-Kiang verübt worden.

So befreien die Japaner Asien!

V. *Schweizerisches*. Die Bundesversammlung verhandelt in ihrer Junifession die neue Militärvorlage, die Milchsubventionen und die Befoldung des eidgenössischen Personals — die beiden letzten Traktanden im Sinne der sogenannten Verfländigung.

Die *Arbeitslosigkeit* ist stark zurückgegangen.

VI. *Völkerbund*: Der *Rat* hat in Genf getagt. Das inoffizielle Haupttraktandum waren die Verhandlungen über die *Koalition* zwischen Halifax und Bonnet auf der einen, und dem russischen Botschafter in London (Maifky) auf der andern Seite. Halifax und Bonnet erklären, diese Abmachungen müßten in den Rahmen des Völkerbundes gefügt werden, was (in diesem Falle) Rußland nicht will.

Das andere, offizielle, Haupttraktandum war die Frage der Befestigung der *Aalandsinseln*, gegen die Rußland auftrat. Hierüber ist es zu keiner Einigung gekommen. *Schweden* hat hinterher erklärt, daß es seine Einwilligung vorläufig zurückziehe.

Wellington Koo trug seine alte Forderung vor, daß die Völkerbundsmächte *China* unterstützen müßten und erhielt die alte Antwort. (Sie unterstützen es übrigens inoffiziell.)

Zogu, der vertriebene König von *Albanien*, erhebt beim Völkerbund Klage.

Ebenso *Benesch*. Der Generalsekretär *Avenol* will seinen Brief nicht zur Verlesung kommen lassen, weil Benesch nun Privatmann sei. Dabei haben ja die Völkerbundsmächte die Eroberung der Tschechoslowakei noch nicht anerkannt. Der russische Delegierte setzt es hinterher durch, daß der Brief von Benesch allen Völkerbundsstaaten mitgeteilt wird. (Das wird Motta ärgern!)

Dieser *Avenol* ist offenbar, wie vorher Eric Drummond (jetzt Lord Perth), ein „Sekretär gegen den Völkerbund“.

Man redet von einer Verlegung des Völkerbundsitzes ins Ausland, falls der Krieg komme. Offenbar die wichtigste Sorge *Avenols*!

VII. *Wirtschaftliches*. 1. Ein anderer Mann als *Avenol* ist offenbar der amerikanische *Winnant*, der Direktor des *Arbeitsamtes*. Aehnlich seinem Vorgänger *Butler*

erklärt er in seinem Jahresberichte, daß die Welt durch ihre unermessliche *Aufrüstung*, die nun 80 (vielleicht auch 100) Milliarden Schweizerfranken im Jahre kostet, an den Rand des *Hungers* gebracht werde.

2. Der große *Streik der Kohlenarbeiter* in den Vereinigten Staaten, in welchen auch Roosevelt eingegriffen, hat mit einem Siege der radikaleren Gewerkschaftsorganisation von Lewis (C. J. O.) geendet.

VIII. *Sozialismus*. 1. Der Präsident der *Zweiten Internationale*, *Louis de Broukère*, eine der letzten großen und edlen Gestalten des Sozialismus, ist aus Altersgründen zurückgetreten. An seine Stelle wurde *Albaarda*, der Führer der holländischen Sozialdemokratie, gewählt.

2. Als Präsident der *belgischen Partei* wurde Vandervelde durch *de Man* ersetzt.

3. Die *Kommunisten* schlagen eine allgemeine *Weltkonferenz der Arbeiterschaft* für den Kampf gegen den Faschismus vor. Sie beten den Fetisch der *Einheitsfront* an und bringen ihm überall jedes Opfer an Würde und politischem Verstand. Gewiß wäre eine einheitliche Bewegung des Sozialismus wünschenswert, aber dieser müßte zuerst *lebendig* werden.

Inzwischen haben in Moskau aussichtsvolle Verhandlungen zwischen der *russischen Gewerkschaftsorganisation* und der *Amsterdamer* stattgefunden. Diese soll nächstens in Zürich tagen.

4. In *Dänemark* scheidet die sozialistische Regierung mit einer Verfassungsrevision, die u. a. das Landthing beseitigen sollte, das ein wenig dem englischen Oberhaus entspricht.

In *Polen* haben bei den Stadtratswahlen die Sozialisten große Erfolge gehabt.

5. An *Kurt Löwenstein* verliert der Sozialismus eine lautere und hingebungs-volle Persönlichkeit. Er hatte sich besonders dem Werk der „*Roten Falken*“ gewidmet, das, wenn ich nicht irre, seine Gründung ist. Der frühe Tod hat ihn im Pariser Exil gefunden.

Sich selbst zugefügt hat ihn, ebenfalls im Exil, in Neuyork, *Ernst Toller*. Auch er war eine der edelsten Gestalten des Nachkriegssozialismus, ein Idealist durch und durch, im besten Sinne dieses Wortes, aber nicht ohne seine Kehrseite. Als ein Anhänger Försters hat er an der Münchner Revolution teilgenommen und dafür lange im Gefängnis gebüßt. Besonders sein Drama „*Masse Mensch*“ wird ein Denkmal jener Tage bleiben.

IX. *Kultur*. *Josef Rot*, der ebenfalls im Exil, in Paris, gestorben ist, muß eine rechte Zentralpersönlichkeit für einen bestimmten Menschenkreis gewesen sein. Mir ist von größeren Werken nur sein „*Antichrist*“ bekannt. Hier zeigt er sich bemerkenswert unmodern im *guten* Sinne im Urteil über die moderne *Technik* und die von ihr beherrschte „*Kultur*“.

In welche Fülle von durch Hitler verschuldeten Geschicken lassen auch nur diese drei Beispiele blicken: Löwenstein, Toller, Rot!

X. *Religion und Kirche*. a) *Protestantismus*. 1. *Schweiz*. In der „*Neuen Zürcher Zeitung*“ hat eine Diskussion zwischen einem mit Sdt. zeichnenden Einsender und *Karl Barth* stattgefunden. Jener wirft diesem, etwas oberflächlich, eine Gefährdung der Schweiz vor, die sowohl durch seinen Aufruf gegen das Hitlertum als durch seine auf ein verbindliches orthodoxes Bekenntnis abzielende kirchlich-theologische Haltung bewirkt werde. Barth betont in seiner Antwort etwas stark deren Nützlichkeit, die man als eine für den bürgerlichen Staat und seine „*Ordnung*“ auslegen wird.

Die „*Basler Nachrichten*“ haben eine auffallend gute, ganz im Geiste Blumhardts gehaltene *Pfingstandacht* von L. W. gebracht und das „*Kirchenblatt*“ eine Andacht von G. W. (offenbar dem Redaktor Wieser) „*Friede sei mit Euch*“, die sehr entschieden jeden christlichen Militarismus ablehnt.

Die theologische Fakultät der Universität Basel hat bei Anlaß der Einweihung des neuen Universitätsgebäudes unserem Freunde *Robert Lejeune* für seine Arbeit

an *Blumhardt* den Doktor honoris causa verliehen. Wir gratulieren herzlich und freuen uns, wenn in der theologischen Fakultät von Basel Blumhardt nicht nur honoris causa einen Platz hat. Wobei übrigens auch zu hoffen ist, daß Blumhardt so wenig wie Kierkegaard je akademisiert werde.

2. *Deutschland und die Andern*. Gegen das Bekenntnis der offiziellen Kirche zur Rassenlehre, d. h. zum *Antisemitismus* und damit zu „Blut und Boden“, statt zum Heiligen Geiste, hat sich auch außerhalb Deutschlands Opposition erhoben. Der ökumenische Rat der Kirchen, wie einige englische Kirchenhäupter auf eigenen Namen, haben Erklärungen dagegen erlassen, auf welche die offiziellen deutschen „Kirchenführer“ so reagieren, wie man es bei ihnen gewohnt ist.

Der Erzbischof von Canterbury hat seinen Plan eines *kirchlichen Feldzuges* gegen das *Hitlertum* in einen für den *Frieden* in Form eines allgemeinen *Gebetes* für diesen umwandeln lassen. Darin soll aber ja nichts *Politisches* und *Konkretes* enthalten sein. Offenbar soll es bloß durch das *Quantum* wirken, was dann dem „Baal erhöre uns!“ ziemlich nahe kommen dürfte.

Die deutsche *Bekennniskirche* scheint vollkommen zu zerfallen. Die theologische Fakultät von Münster in Westfalen, der Professor Barth früher angehörte, hat den ihm erteilten Ehrendoktor widerrufen, wie Bonn den von Thomas Mann. Das ist ja nur Ehre, und es fehlt Barth ja nicht an Doktorhüten.

3. *Katholizismus*. Die *Verfolgung* der römischen Kirche geht in Deutschland und Oesterreich vorwärts. Die theologische Fakultät von Graz (an der Uhde lehrte) wird aufgehoben. Der ganze große Besitz der Abtei *Klosterneuburg* bei Wien wird beschlagnahmt. Den 90 000 Pächtern wird der Zins auf die Hälfte herabgesetzt — natürlich nur zum Schein. Der erzbischöfliche Palaß in *Salzburg* wird ein SA-Lokal. Das Jesuitengymnasium in *Godesberg* am Rhein mit 1500 Zöglingen wird aufgehoben. Und so fort.

4. Aus *Rußland* kommen wieder überraschende Berichte von einem *religiösen Erwachen*, das die Gottlosenpropaganda vollends illusorisch mache. Das wäre für eine gewisse, weitverbreitete Sorte von Katholiken und Protestanten eine arge Verlegenheit. Was sollten sie denn anstellen, wenn sie nicht mehr gegen den Popanz „Moskau“ und die „Gottlosigkeit“ eifern können?

Zur schweizerischen Lage.

13. Juni 1939.

Man kommt in diesen Zeiten nicht nach, weder im persönlichen noch im öffentlichen Leben. So hat der Schreibende es vernachlässigt, rechtzeitig sich intensiver um die *Verfassungsvorlage vom 4. Juni* zu bekümmern und dazu in den „Neuen Wegen“ Stellung zu nehmen. Er muß dafür um Entschuldigung bitten. Und nun ist die Entscheidung ja vorüber und die Demokratie wieder einmal gerettet! Unter diese Lofung, es gelte die Demokratie zu retten, hat man ja den Abstimmungskampf gestellt. Und hat mit der Demokratie Schindluderei getrieben! Denn anders kann man das Manöver der *Verkoppelung* der drei Vorlagen zu einer einzigen nicht bezeichnen. Es war ein rechtes Meisterstück einer Politik, die links wie rechts nicht wirklich an das Volk glaubt, es nicht wirklich ehrt, sondern es bloß demagogisch so behandelt, wie es den eigenen Zwecken dient.

Ich brauche wohl nicht zu versichern, daß ich nicht gegen die Arbeitsbeschaffung bin, sondern auch viel höheren Summen für sie zugestimmt hätte. Auch glaube ich, daß die Militärvorlage schon auch angenommen worden wäre. Es ist wirklich nur die Verkoppelung, die ich im Auge habe. Sie hatte offenbar zwei Gründe. Man wollte die *Ausgleichsteuer*, die mit Sicherheit verworfen worden wäre, dadurch retten, daß man sie zwischen die beiden andern Vorlagen verpackte, fagen wir: zwischen Interesse und Patriotismus. Wobei die Arbeitsbeschaffung als Lockmittel und die Militärvorlage als Druckmittel dienen mußte. Diese hätte man ja sonst mühelos im Parlament erledigen können, wie schon so manche andere. Aber es steckte sicher, den Machern mehr oder weniger bewußt, noch ein anderes

Motiv dahinter. Die Arbeitsbeschaffung sollte fozufagen als ein Segen der Landesverteidigung, besser gefagt: unferes neuschweizerifchen Militarismus, erscheinen. „Seht ihr, wie die Landesverteidigung euch Brot gibt!“ Es war eine besonders auf die Arbeiterfchaft abzielende Irreführung in großem Stil. Denn unfer Militarismus (es *gibt* einen folchen, trotz dem gut bürgerlich gewordenen einftigen Revolutionär und Kommunisten, der Gerber in der „Nationalzeitung“ wegen feiner Stellung zu der Vorlage anrempelt), wie der Militarismus überhaupt, gibt dem Volke Brot, das fich unter feinen Zähnen fehr bald in Stein verwandeln wird. Und es muß ja in Form der Ausgleichsteuer, die feibftverftändlich auf die Konfumenten abgewälzt wird, dieses Brot doch zum großen Teil feiber bezahlen. Aber mehr noch: diese Besteuerung des arbeitenden und mit der materiellen Lebensnot kämpfenden Volkes hat man gewählt, weil man den großen Geldfack fchonen wollte.

Das ift die Rettung der Demokratie, welche der 4. Juni bewerkftelligt hat. Wieder find es die Sozialdemokraten und die Gewerkschafter gewesen, welche die Gefchäfte der Reaktion beforgt haben. Der *feineren, gescheiteren* Reaktion; denn die gröbere und darum weniger fchädliche war gegen die Vorlage. Einft erfchien es lächerlich, wenn der Kommunismus der Sozialdemokratie vorwarf, fie fei die Verbündete der Reaktion; jetzt ift das nicht nur offenkundige Wahrheit, fondern es ift auch fo, daß der Kommunismus dieser nicht weniger dienstbefliffenen Vorspann leiſtet. Denn die kommunistische „Freiheit“ hat den Aufruf des großen Demokraten und Sozialiften, der Bundesrat *Obrecht* bekanntlich ift, genau wie die sozialdemokratischen Blätter gebracht, fogar an der Spitze: Bundesrat Obrecht, der fo erfolgreich an der deutschen Aufrüstung mitgeholfen hat, ift ja gewiß in erfter Linie der Mann, um zur Verteidigung der Schweiz und der Demokratie aufzurufen.¹⁾

Die Politik, die am 4. Juni triumphiert hat, ift, um das Mildeſte von ihr zu fagen, was zu fagen wäre, eine Politik demagogifcher *Schlaumeierei* und damit alles andere eher als Rettung der Demokratie und Landesverteidigung. Solche ift nur die *Wahrheit*. Vielleicht hat das Volk doch ein Gefühl für diesen Sachverhalt gehabt. Denn daraus erklärt fich wohl am leichtesten die fehr fchwache Stimmbeteiligung. Nicht viel mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten hat fich zur Urne bemüht und kaum 40 Prozent haben angenommen. Daß die Annahme dennoch erfolgte, war ein Triumph jener gedankenlofen Gleichfaltung, die nicht zuletzt das Werk des heutigen sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Apparates ift und Lebensgefahr für die Demokratie bedeutet.

Daß der 4. Juni auch zu einer fcheinbaren Billigung der *ganzen* Politik des Bundesrates geworden ift, von der fogar Robert Grimm wohl nur mit etwas gedämpfter Stimme behaupten wird, fie fei Verteidigung und Rettung der Demokratie und der Schweiz, ift eine besonders fchlimme Folge dieses ruhmvollen Tages. Kurz vorher hatte eine gleichgefchaltete Maffe diesem Bundesrat zugejubelt, als er zur Einweihung der Landesausstellung durch die Straßen von Zürich zog — der Landesausstellung, die halt doch auch, bei aller Trefflichkeit ihres Gehaltes, zu einer Ablenkung von der Wahrheit und zu einer Betäubung wird. So fühlt er fich denn für weitere Taten zur Rettung der Demokratie gefträrkt.

Wie die Vorkämpfer des 4. Juni diese Rettung verſtehen, hat ja der Bundesrat (jedenfalls unter Zuſtimmung des Herrn Obrecht, oder etwa nicht?) unmittelbar nachher gezeigt: durch das *Verbot der „Schweizerzeitung am Sonntag“*. Das ift in der Tat ein Akt von großer Tragweite.

¹⁾ Wie berechtigt diese Charakteristik der heutigen sozialdemokratischen „Führung“ ift, zeigt der Umſtand, daß die Nationalratsfraktion es nicht fertig gebracht hat, dem Bericht des Bundesrates über feine *Außenpolitik* die Genehmigung zu verſagen, fo daß dieser faſt einſtimmig angenommen worden ift und der Bundesrat nun wieder freie Hand für diese die Schweiz zerſtörende Politik hat.

Ich habe am Ton und Stil der „Schweizerzeitung“ von Anfang an nur mäßige Freude gehabt. Nicht etwa, weil er mir zu scharf oder zu radikal gewesen wäre, sondern wegen der, wie mir vorkam, etwas gemachten Hemdärmeligkeit ihres Schweizeriums. Und nun kommt der Bundesrat und verbietet die Zeitung für drei Monate, ausgerechnet weil sie „*unschweizerisch*“ sei! Ausgerechnet Motta und Baumann tun das! Wenn sie gefagt hätten: „*überschweizerisch*“, à la Bonheur!, aber „*unschweizerisch*“! Das will wohl einfach heißen: „un-Mottaisch“ und „un-Baumannisch“! Und welche Aeußerung „unschweizerischer“ Art ist es im besonderen, die man den Herren Behrens und Lieb vorwirft? Daß ein Artikel die Ueberschrift trägt „Protektorat Italien“. Gemeint ist natürlich „*deutsches* Protektorat“. Wer, der irgend etwas von den Tatsachen weiß, kann leugnen, daß dies eine durchaus zutreffende, keineswegs übertriebene Bezeichnung der heutigen italienischen Lage ist? Dazu enthält lächerlicherweise gerade dieser Artikel eine Verherrlichung Mussolinis, die *uns*, die Antifaschisten, geärgert hat. Aber das Wort „Protektorat“ scheint in diesem Zusammenhang Herrn Motta besonders auf die Nerven zu geben.

Die Sache hat, wie gefagt, eine große Tragweite. Es ist der Plan *Hitlers*, zunächst einmal die freie Stimme der Wahrheit überall, besonders aber in den Ländern, die das Ziel seiner Eroberungspläne sind, ebenso zu ersticken, wie er sie in Deutschland erstickt hat. Darum seine Wutausbrüche gegen die ausländische „Lügenpresse“, besonders in seinen letzten Reden. In Oesterreich, und weitgehend auch in der Tschechoslowakei, hat das Verfahren ja auch den gewünschten Erfolg gehabt. Der Bundesrat bemüht sich, ihm für die Schweiz bei diesem Geschäft wacker behilflich zu sein! Natürlich meine ich nicht, daß er mit Absicht und Bewußtsein die Schweiz Hitler (oder Mussolini) ausliefern wolle. Ihm liegt vor allem an, die freie Kritik zu ersticken, die an ihm selbst geübt wird, und daneben hat er freilich auch Angst vor den Diktatoren.

Lassen wir uns nicht täuschen. Es besteht ganz offenbar der Plan, diese Aktion gegen das freie Wort durchzuführen, und zwar in raschem Tempo. Man fängt dort an, wo man glaubt, es am ehesten wagen zu dürfen — dann wird es weitergehen. Jede Schadenfreude, die etwa denken würde: „Denen mag ich's gönnen; das sind ja Gegner und Konkurrenten“, wäre sehr kurzfristig; man kommt nachher auch dran.

Ueber die Pressefreiheit im allgemeinen wäre natürlich viel zu sagen. Ich will mich aber hier auf *einen* Punkt beschränken. Die Reaktion wird nicht müde, von der Gefahr zu reden, daß diese Freiheit „*mißbraucht*“ werde, daß sie „über die Stränge schlage“, der „Disziplin“ entbehre, und was dieser Reden mehr sind. Daran ist kein wahres Wort! Wahr ist natürlich, daß es einen Mißbrauch auch der Pressefreiheit wie *jeder* Freiheit gibt. Er offenbart sich besonders in der Tatsache der Schmutzliteratur, wie auch in dem, was Karl Krauß die „*Journaille*“ genannt hat. Aber ich habe nichts davon bemerkt, daß der Bundesrat gegen *diese* zwei schlimmen Formen des wirklichen Mißbrauchs der Pressefreiheit vorgegangen wäre, wie er denn gegen die zweite Form auch gar nicht vorgehen *könnte*. Was ihm anstößig ist, das ist in erster Linie die freie Kritik an ihm selbst, und in zweiter Linie die an den Diktaturen. (Wobei immer *Rußland* ausgenommen ist — gegen dieses, überhaupt gegen die mehr „links“ stehenden Völker, läßt er der Kritik freien Lauf!) Und nun behaupte ich, daß es einfach eine Unwahrheit ist, zu erklären, *darin* herrsche in unserer schweizerischen Presse Mißbrauch. Man lese einmal die Presse anderer Länder! Die unfrige ist eine der zahmsten, die es gibt. Dieser „Mißbrauch“ ist nur ein Vorwand: was man nicht will, ist der *Gebrauch*. Man will die Bevogtung der Presse durch die „autoritäre Demokratie“, das heißt: man will den Geißlerhut über der Schweiz aufrichten — alles zur Rettung der Demokratie und zur Landesverteidigung!

Sagen wir es laut und klar: Erstens, daß mit der freien Rede und Schrift die Demokratie, und damit die Schweiz, steht und fällt. Zweitens, daß sie in äußerster Gefahr sind und nur eine rechte und andauernde *Erhebung* gegen unsere heutigen

Geßler und Geßlerlein uns vor dieser wirklichen Gefahr für Demokratie und Schweiz retten kann. *Hier* werden sie wirklich verteidigt.

An das Verbot der „Schweizerzeitung“ schließt sich unmittelbar ein anderer Akt, der denen, die noch sehen können und wollen, zeigen mag, wie es mit dieser Verteidigung der Demokratie steht. Ich meine die *Affäre Moulin*. Nationalrat Humbert-Droz hat den Bundesrat beispielshalber auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß der Oberstleutnant Moulin, als Mitglied der Ligue vaudoise, offenkundig gegen die Grundlagen der Schweiz agitiere, die gewaltsame Unterdrückung des Nationalrates verlangt habe und die Beseitigung unserer ganzen demokratischen Verfassung anstrebe. Was antwortet der Bundesrat, diesmal durch den Mund des Herrn Minger, der offiziellen Säule unserer Landesverteidigung? Er leugnet den Tatbestand nicht, fährt aber Herrn Humbert-Droz nicht übel an: Ein Offizier sei auch Bürger und habe das Recht, im zivilen Leben seine politische Ueberzeugung zu betätigen wie er wolle. Der Drohsinger wird nicht gegen Herrn Moulin, sondern gegen Herrn Humbert-Droz und alle die erhoben, die sich erlaubten, an der Gefinnung unserer Offiziere zu mäkeln.

Man traut seinen Ohren nicht! Denn vor gar nicht langer Zeit hat der gleiche Herr Minger den Leutnant *Pointet* abgesetzt, weil er, selber nicht Sozialdemokrat, sich erlaubt hatte, als Bürger, außerhalb des Militärdienstes, in einer Versammlung den Sozialdemokraten Graber für die Wahl in den Regierungsrat zu empfehlen, damit diese Partei endlich auch in der Regierung des Kantons Neuenburg vertreten sei.

Endlich der *Fall Abegg*. Er hat, während der Fall Bernoulli augenblicklich zu ruhen scheint,¹⁾ ein weiteres Stadium erlebt. Ein Irrenarzt, *der ihn gar nicht gesehen hat*, erklärt Abegg für hundertprozentig unzurechnungsfähig, soweit seine Opposition gegen Motta, aber hundertprozentig zurechnungsfähig, soweit seine Eignung zum Beamten in Betracht kommt. Mit andern Worten: Wenn unter den heutigen Umständen ein Beamter es wagt, gegen die Politik eines Bundesrates aufzutreten, dann muß er schon hundertprozentig verrückt sein. Hier stehen wir vor der demokratischen Psychologie und Psychiatrie der schweizerischen Gegenwart. Der *Prozeß Motta - Abegg* unterbleibt; Motta scheut ihn.

Noch einmal: *so* sieht es mit der Rettung der Demokratie aus!

Ja, vielleicht noch schlimmer. Es sind in der letzten Zeit in Zürich bei Menschen, die zu unserer Elite gehören, polizeiliche *Hausfuchungen* vorgekommen, die schon an Gestapo, Orva und G. P. U. erinnern. Schon sind wirklich demokratische Schweizer, *wirkliche* Schweizer, da und dort vogelfrei geworden. Es muß rasch eine Erhebung gegen diese Dinge einsetzen, wenn nicht die Schweiz verloren gehen soll.

Von dieser Arbeit der „autoritären Demokratie“ der Herren Motta, Baumann und Stämpfli wäre noch allerlei zu berichten. So die Behandlung der sozialistischen „*Libera Stampa*“ wegen einer nicht absolut genauen Notiz über faschistische Agitation, während reaktionäre Hetzblätter, wie z. B. das „Aufgebot“ des Herrn Lorenz, ihr Geschäft offenbar unbehelligt treiben dürfen. So die immer neuen harten Urteile über die *Spanienkämpfer*, besonders ihren wichtigsten, *Otto Brunner*. So die Tatsache, daß die „Neue Zürcher Zeitung“ durch die Feder ihres Korrespondenten von dem Einzug der aus Spanien heimkehrenden Mörder einer Republik in Neapel als „von einer großartigen Volkskundgebung“ reden läßt. So Herrn *Mottas* Aeußerung zu den Tessinern an der Landesausstellung, daß unsere Freiheit „keine Zügellosigkeit“ vertrage, keine „Abwege“ (wohl von seiner Politik?), verbunden mit der Anpreisung seiner „unbeschränkten Neutralität“, als einer „edlen und fruchtbaren [ausgerechnet edlen und fruchtbaren!] Staatsmaxime“. Daß man endlich die beiden faschistischen Hetzblätter „Cronaca Prealpina“ und „Provincia di Como“ zu verbieten wagte, kommt alledem gegenüber gar nicht in Betracht.

Noch zwei Fragen: 1. Wie steht es mit der *Anleihe an Franco*? Sind schweize-

¹⁾ Er ist inzwischen in der Bundesversammlung so traurig als nur möglich erledigt worden. 15. VI.

rische Banken daran wirklich beteiligt? 2. Sind die schweizerischen Gesandten bei den „Siegessparaden“ in Madrid, Rom und Berlin gewesen?

Nach all diesem schlimmen Wehen, das ins Licht zu stellen Pflicht ist, wenn auch sicher nicht erfreuliche (wie gerne berichtete ich anderes!), ist es mir eine Erholung, auch von einigem Guten reden zu dürfen. Gut ist, daß das „*Journal des Nations*“ wieder erscheint. Möge es sich nur nicht allzu gezähmt und bemaulkorkt gebärden! Gut ist, daß nun auch *Genfer Stadtratswahlen* den Zusammenbruch der Frontenbewegung kundtun, indem die dortige Union Nationale von 8 auf 2 Vertreter zurückgeht. Doch weiß man, daß ich die eigentliche Gefahr nie auf dieser Linie gesehen habe. Mehr noch freut es mich darum, wenn der *Große Rat des Kantons Bern*, in unmittelbarer Nähe Mottas, die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen mit *Sowjet-Rußland* verlangt. Es ist ja wirklich grotesk, daß nun Rußland zu den Staaten gehören wird, die besonders wirksam unsere Unabhängigkeit gegen Hitler und Mussolini verbürgen, während wir mit ihm, auf Verfügung von Herrn Motta, nicht einmal diplomatische Beziehungen haben.¹⁾ Aber weil hier doch stark ein materielles Interesse mitspricht (die Uhrenindustrie!), freut mich noch mehr der *Sieg der Bündner Demokraten* bei den Wahlen in den dortigen Großen Rat. Es ist noch etwas übrig von „alt fry Rätien“! Daß die „*Neue Zürcher Zeitung*“ mit Wut über dessen wichtigsten Erneuerer, *Andreas Gadiant*, herfällt, und auf ihre bekannte edle Weise, kann diese Freude nur vermehren.

So ist auch sonst da und dort das Wehen eines neuen Geistes zu spüren. Wir dürfen das gewiß von der Pfingsttagung des *Escherbundes* auf der Höhe des Albis sagen, wo um den *Frieden* und die *Demokratie* gerungen wurde. Und so ist sicher vieles im Werden und Wachsen.

Aber es tut mir leid, daß ich mit diesem freudigeren Ton nicht schließen darf. Es gibt noch andere Todeschatten auf dem Leben unseres Volkes als bloß die Reaktion. Zwei sind in der Berichtszeit besonders hervorgetreten.

Da ist einmal die Tatsache, daß die *Spionage* für fremde Mächte, durch Schweizer geübt, eine immer größere Rolle zu spielen scheint. Soweit dafür bloß Einzelne oder kleine Kumpanschaften in Betracht kommen, wie im Falle der Frau *Capt-Rota* und des *Paul Rochat*, mag das point d'argent, point de Suisse seine bekannte Rolle spielen. Freilich ist es doch auch ein Zeichen schweizerischer Zersetzung. Ganz besonders aber ist es das, wenn ganze Organisationen von sogenannten Schweizern dieses Geschäft betreiben. Das scheint laut Mitteilungen der Zeitungen bei dem frontistischen „*Bund treuer Eidgenossen*“ der Herren Zander, Spörri und Derendinger der Fall zu sein. Er hat sich darnach offenbar in den Dienst des Hitler-Reiches gestellt und damit klaren Landesverrat geübt.

Für ebenso schlimm, ja noch schlimmer, halte ich die *Folies Bergères*. Ich habe sie zwar selbst nicht gesehen, aber man weiß doch genau, um was es sich handelt. Nun ist ja richtig, daß diese Angelegenheit in falsche Hände geraten ist, daß sie kirchlich, ja konfessionell ausgebeutet worden ist, daß man den Kreisen, die das getan haben, mit Recht vorwerfen kann, sie wüßten nur immer gegen *solche* Dinge aufzutreten, ließen aber andere, wichtigere, z. B. den Militarismus und das soziale Unrecht, in Ruhe. Aber ich frage: *Warum redet denn ihr nicht, ihr Sozialisten und Kommunisten*, denen man das nicht vorwerfen kann? Und ein sehr scharfer Protest muß dagegen erhoben werden, daß solche Dinge ja *unwichtig* seien. Wie — unwichtig ist es für Sozialisten und Kommunisten, wenn der Mensch in der Frau derartig entheiligt wird, unwichtig, wenn Frauen auf eine Art mißbraucht und geschändet werden — durch *Ausbeutung!* — wogegen manche andere Art, auch die in Fabrik und Heimarbeit, eine Kleinigkeit ist? Ihr seid mir schöne Sozialisten, die ihr das Fundament alles Sozialismus, die Würde und Heiligkeit des Menschen, für nichts achtet! Ihr müßtet die sein, die gegen solche Dinge am lautesten die Stimme erheben — wenn ihr *Sozialisten* wäret!

¹⁾ Nun hat auch der *Nationalrat* fast einstimmig gefordert, daß das anders werde. 15. VI.

Allgemein gesprochen: An *solchen* Dingen vor allem gehen die Völker zugrunde. Wenn hart neben der Landesausstellung *solche* Dinge geschehen — nicht nur im Corfo übrigens —, so wird sie zum Hohn. Sie wird zum Hohn, wenn von solchen Dingen *so* geredet wird, wie das auch im Rathaus an der Limmat geschehen ist.

Mit der geschlechtlichen Sinnlichkeit ist der *Alkohol* verbündet. Auch er bedroht unser Volk schließlich mehr als Hitler und Mussolini. Und nun muß in Zürich für die Landesausstellung die Polizeistunde vom Samstag auf den Sonntag auf 1 Uhr morgens verlängert werden. Der Alkoholismus bedeutet neben tiefer *Entwürdigung des Menschen* eine besonders schlimme Form von *Ausbeutung*. Und nun müssen es wieder die Sozialisten sein, die für die Verlängerung der Gelegenheit zu beiden, welche ein Gesetz bringen sollte, eintreten. Denn daß *dies*, und nicht die Freiheit der Gemeinden, dessen Sinn bildete, war klar.

Ja, ihr habt *revidiert*, ihr Sozialisten, aber am *falschen* Ort. Den Antimilitarismus habt ihr aufgegeben, aber ihr haltet den Schild immer wieder über Sexualismus und Alkoholismus.

Es freut mich aber, diese Erörterung mit der Tatsache schließen zu dürfen, daß das Zürcher Volk diese „Freiheit“, die ihm gerade Sozialisten schenken wollten, mit 70 000 gegen 30 000 Stimmen verworfen hat, wobei sicher auch sehr viele sozialistische Arbeiter mitgewirkt haben.

Kirchlicher Friedensbund der Schweiz.

Ein Wort zu unserer heutigen Lage und Aufgabe.

Wohl auf uns allen lastet die Frage, wie wir uns als Mitglieder des Kirchlichen Friedensbundes, als Christen überhaupt, zur heutigen hemmungslosen Aufrüstung einzustellen haben. Wir bekennen von vornherein, daß wir darauf angesichts der gegenwärtigen Lage keine eindeutige Antwort zu geben vermögen.

Einesteils ist es uns allen ein ernstes Anliegen, daß unsere, uns allen teure Heimat, die Eidgenossenschaft unverfehrt bleibe, nicht verwüstet oder gar unterjocht werde. Wir kämen uns undankbar und feige vor, wenn wir nicht alles einsetzten, sie uns und unseren Kindern erhalten zu helfen. Sie ist uns ein von Gott geschenktes und anvertrautes Gut, das aufs Spiel zu setzen oder widerstandslos preiszugeben wir als Sünde und Schuld empfinden müßten.

Andernteils ist es ebenso unzweideutig klar, daß die Art, wie wir unsere Heimat und ihre Unabhängigkeit zu wahren suchen, nämlich mittels der tödlichen Waffe, dem Geist und der Gesinnung, wie sie das Evangelium bei der Jüngerchaft Jesu voraussetzt, widerspricht. Die Selbstverständlichkeit, mit der der Soldat sein Leben für das Vaterland einsetzt und hergibt, hat allerdings eine gewisse Ähnlichkeit mit der Selbsthingabe, die Christus an sich vollzogen hat und von den Seinigen erwartet (Joh. 15, 13). Aber daß dieses Sichtötenlassen vom Töten der andern unablässig ist, gibt der militärischen Verteidigung einen dem Geiste Christi zuwiderhandelnden Charakter.

Wir verstehen es darum, wenn einzelne trotz ihrer Liebe zu Volk und Heimat den Militärdienst, der sie zum Töten verpflichtet, verweigern, ja damit, daß sie der Weisung Jesu (Matth. 26, 52) gehorchen, der Mit- und Nachwelt einen wertvolleren Dienst zu leisten überzeugt sind, einmal, weil der Krieg als solcher erwiesenermaßen weder die Ungerechtigkeit zu überwinden, noch die Gerechtigkeit zu schaffen vermag, und sodann, weil, wenn alle so handelten, der Krieg mit den Waffen von selbst aufhörte.

Andererseits ist zu sagen: Jesus selber gibt denen, die in seine Nachfolge treten wollen, sehr zu bedenken, daß sie sich nicht für stärker halten sollen, als sie sind (Luk. 14, 28 ff.). Die Dienstverweigerung, erst noch im Ernstfall eines Krieges, setzt ein so großes Maß innerer Selbständigkeit und absoluter Gewißheit voraus, daß dieser Handlung und Haltung in der heutigen Lage nur wenige ge-

wachsen sind. Wir könnten es infolgedessen nach Jesu eigener Warnung nicht verantworten, unser Volk als Ganzes, so lange es dazu innerlich noch nicht reif und stark genug ist, zu dem Wagnis der Selbstentwaffnung zu veranlassen. Dazu kommt, daß ja tatsächlich das Abrüstungsproblem zu einem internationalen Problem geworden ist, das nicht von einer einzelnen Nation allein gelöst werden kann, sondern gemeinschaftlich in Angriff genommen werden muß und nur so einer Lösung entgegengeführt werden kann.

Freilich, daß wir in unserer heutigen Christenheit noch so weit von einer Lösung entfernt und mehr denn je dem Rüstungstaukel anheimgefallen sind, muß uns mit brennender Scham erfüllen und uns dazu entflammen, mit um so entschiedenerem Willen diesem untauglichen und unmenschlichen, ja teuflischen Rüstungs- und Kriegssystem ein Ende zu machen und einer internationalen Rechtsordnung, Völkerverständigung und Völkerveröhnung den Weg bereiten zu helfen.

Was wir alle tun können und sollen, ist vorläufig folgendes:

1. Unter unseren Nächsten und in der Öffentlichkeit die Unmenschlichkeit und Widergöttlichkeit des heutigen Kriegssystems bezeugen, unsere gemeinsame diesbezügliche Schuld vor Gott bekennen und ihn um die Ausgießung seines Geistes über unsere dem Ungeist verfallene Christenheit bitten.
2. Uns, und insbesondere die Behörden unseres Landes, dazu verpflichten, energischer als bisher, für die Dringlichkeit einer internationalen Rechtsordnung einzutreten und unsere Volksgemeinschaft so aufzubauen, daß alle ihre Glieder die Zugehörigkeit zu ihr und den Einsatz für sie als ein der Erhaltung unbedingt wertiges Gut erkennen können.
3. Vor allem die kirchlichen Instanzen und die berufenen Verkünder des Evangeliums dazu anhalten, unerschrocken und unaufhörlich die Unvereinbarkeit des Rüstungs- und Kriegssystems mit dem Evangelium Jesu zu vertreten und die Völker und Staaten zu einem neuen Denken und Handeln aus dem Geiste Jesu zu erziehen.
4. Den Dienstverweigerern aus Gewissensgründen Verständnis und Achtung entgegenbringen, ihre Haltung als eine christliche anerkennen und dafür einstehen, daß ihnen die bürgerlichen Rechte und Ehren nicht entzogen werden und für sie auch in der Schweiz ein Zivildienst eingeführt wird.
5. Aller Rüstungs- und Armeebegeisterung gegenüber daran festhalten, daß auf diesem Wege niemals eine dauernde Befriedung der Menschheit eintreten wird, sondern allein durch die Erleuchtung und Erlösung durch den Geist Jesu Christi, den Geist der Wahrheit und Gerechtigkeit, der Gotteskindschaft und der Bruderliebe.
6. Allem Kleinglauben und Unglauben gegenüber sich nicht irre machen lassen, daß trotz den Schrecknissen und inmitten der Gerichte dieser Zeit Gott am Werke ist und aus den Tränen und dem Blute all der Verfolgten und zu Tode gequälten Menschenleiber und Menschenfeelen die Saat einer neuen Gerechtigkeit wird hervorgehen lassen.

(Angenommen in der Jahresversammlung des KFB. den 14. Mai 1939 in Zürich.)

*1. Jahresbericht der Auskunftsstelle für Flüchtlinge
vom Mai 1938 bis Ende April 1939.*

Gartenhofstraße 7, Zürich, Telephon 3 60 56, Postcheck Pfarrer Kobe VIII/14 298.
Sprechstunden: Mittwoch und Freitag von 17—18 Uhr.

Voller Dankbarkeit und Freude können wir heute unseren Gönnern und Freunden über die einjährige Tätigkeit der „Auskunftsstelle“ berichten.

Nach der Annexion Oesterreichs, welche einen großen Flüchtlingsstrom in die

Schweiz zur Folge hatte, drängte sich mehr denn je die Gründung einer neutralen Hilfsstelle in Zürich auf. Sie war notwendig, um die Lücken zwischen den übrigen, konfessionell und politisch orientierten Flüchtlingsorganisationen nach Möglichkeit auszufüllen. Sie ist geschaffen worden für politische, jedoch keiner Partei angehörende Flüchtlinge, für Flüchtlinge, die mit ihrer Kirche in keiner Verbindung mehr stehen. Sie ist auch da für partei- und konfessionslose „Nichtarier“, deren Schicksal oft ein besonders schweres ist.

Die „Auskunftsstelle“ ist vor allem eine lokale Hilfsstelle und kann nur ausnahmsweise Unterstützungsfälle in anderen Kantonen übernehmen. Uebrigens bestehen seit einigen Monaten in der Stadt Bern, in Glarus und Chur ebenfalls neutrale Hilfsstellen. — Um in möglichstem Kontakt mit den übrigen Flüchtlingsorganisationen zu arbeiten, trat die „Auskunftsstelle“ im Januar 1939 der „Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe“ als Mitglied bei.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden 114 Flüchtlinge unterstützt, davon 76 einmalig und 38 regelmäßig während kürzerer oder längerer Zeit.

Es war uns möglich, die Ausreise für 9 Flüchtlinge zu bezahlen, d. h.:

nach Frankreich	3	nach Columbien	1
nach England	2	nach Australien	1
nach El Salvador	2		

In 13 Fällen konnten wir einen mehr oder weniger großen Zuschuß an die Auswanderungskosten gewähren, d. h.:

nach England	2	nach Mandschukuo	1
nach Schweden	1	nach Mexiko	1
nach Bolivien	1	nach Palästina	2
nach Canada	1	nach Paraguay	1
nach China	1	nach U. S. A.	1
nach Columbien	1		

Es gelang uns, außer der Barunterstützung verschiedenen unserer Schützlinge Freitische und Gastquartiere zu vermitteln.

Unser Sprechstunden finden wöchentlich zweimal statt und sind durchschnittlich von 15 bis 20 Hilfsbedürftigen in der Woche besucht. Drei unserer Mitarbeiter beforgen ehrenamtlich außer dem Sprechstundendienst die notwendige Korrespondenz und machen oft auch Gänge zu Behörden, Konsulaten oder Reisebüros, wenn es möglich ist, einem Flüchtling damit zu helfen.

Unser Arbeit ist noch nicht beendet! Wir sind deshalb weiter auf die Opferbereitschaft unserer Freunde angewiesen. Gegenwärtig unterstützen wir 11 Flüchtlinge regelmäßig. Einer davon wird nächstens mit seiner Familie nach Australien auswandern können. Das alles braucht viel Geld. Doch wir vertrauen darauf, die notwendigen Mittel zu bekommen, um auch weiterhin den vertriebenen, heimatlosen Menschen nach Möglichkeit beizustehen.

Der Arbeitsauschuß:

C. Ragaz.
S. Polya-Weber.
M. Bleuler.
W. Kobe, Pfr.

Wie können Sie uns weiterhin helfen?

1. Durch einmalige oder, wenn möglich, regelmäßige Geldspenden auf unser Postcheck VIII 14 298, Pfr. Kobe, mit Vermerk: „Auskunftsstelle für Flüchtlinge“.
2. Durch Anmeldung von Freitischen und von Gastquartieren.

Jegliche Hilfeleistung sei zum voraus herzlich verdankt!

Zur Polemik. Herr Pfarrer Dr. *Bremi* bestreitet, daß er die in dem Artikel „Karl Barth bricht in die Politik aus“ nach einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ zitierten Äußerungen in dieser Form getan und behauptet habe, die Religiös-Sozialen seien in der Nationalökonomie „aufgegangen“. Jedenfalls sei dies nicht seine Meinung gewesen. Wir nehmen davon gerne Notiz. Es ist beim Druck meiner Bemerkung durch falsche Anbringung von Satzzeichen in der Tat ein Irrtum entstanden. Doch war auch Herrn Bremis wörtliche Äußerung so, daß meine Auslegung notwendig entstehen mußte.

Von den Hingegangenen.

Ich möchte doch auch in den „Neuen Wegen“ den Hingang unseres Freundes *Samuel Stauß* nicht unerwähnt lassen. Hat er doch viele Jahre als einer der Treuesten und Eifrigsten sich zu der Sache gehalten, die sie vertreten und namentlich den Kampf gegen Krieg, Militarismus und Mammonismus, wie, besonders im Zusammenhang damit, gegen ein von Christus abgekommenes Christentum und Kirchtum mannhaft und rücksichtslos, mit ganzer Seele und ganzer Hingabe, gekämpft. Er hat das alles manchmal mit einer Leidenschaft getan, die der letzten Läuterung und Klärung ermangelte. Aber wo ist bei vielen, vielen andern die Leidenschaft? Er gehört zu denen, die *warm* waren und es nicht ertragen konnten, wenn andere lau waren. Ein Auto hat ihn überfahren und getötet. Wir werden seiner freundlich und dankbar gedenken.

Aus der Arbeit

Kurswochen in Casoja, Volksbildungsheim für Mädchen, Lenzerheide-See.
Sommer 1939.

- 3.—10. Juni: Schwester Jenny Thomann, Ilanz: Einführung in Säuglings- und Krankenpflege.
17.—30. Juni: Frl. Dr. Turnau, Trogen: Frauenhygiene, Frauenfragen.
1.—3. Juli: } Frau Meli, Zürich: Einführung in ein literarisches Thema.
8.—10. Juli: }
16.—22. Juli:* Herr Karl Fischer, Bildhauer, Zürich: Einführung in Kunst und Anleitung zu eigenem Gestalten.
23.—29. Juli: Herr Dr. Schwarzenbach, Wädenswil: Naturkunde-Kurs.
30. 7. — 5. August: Frl. Dr. Ragaz, Zürich: Bürgerkunde.
14.—19. August: Herr Prof. Ragaz, Zürich: Religiöse Fragen.
27. 8.—9. September: Frau Professor Siemsen, Chexbres: Soziale Fragen.
21.—30. September: Ferienwochen für Fabrikarbeiterinnen.
7.—15. Oktober:* Singwoche. Leitung: Alfred und Klara Stern, Zürich.
Im Ferienhaus ob Casoja findet vom 9.—22. Juli ein Ferienkurs* für Mädchen von 12 Jahren an statt. Leitung von Frl. H. Brack, Frauenfeld, und Frl. I. Güttinger, Winterthur.

Für diese mit * bezeichneten Kurse und Wochen sind in Casoja Sonderprospekte zu beziehen.

Casoja nimmt für alle diese Kurse Ferienmädchen auf. Der Pensionspreis beträgt im Casoja-Haupthaus Fr. 5.— und im Casoja-Ferienhaus Fr. 4.20 pro Tag, oder bei Selbstverpflegung Fr. 1.20 Kopfgeld pro Nacht. Wer das Kostgeld nicht voll bezahlen kann, soll sich trotzdem in Casoja melden.

Auskunft und Anmeldung: Volksbildungsheim für Mädchen, Casoja, Lenzerheide-See, Graubünden. Telephon 72 44.